

V-4 Schutz sexueller Identität endlich ins Grundgesetz – Koalitionsvertrag erfüllen und Bundesratsinitiative unterstützen

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 29.05.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz beschlossen. Nachdem auf und von deutschem
2 Boden in ganz Europa Millionen Menschen entrechtet, gefoltert und ermordet
3 wurden, stellte die neue Verfassung die Verpflichtung zum Schutz der
4 unantastbaren Menschenwürde und der Rechte im Nationalsozialismus verfolgter
5 Gruppen in den Mittelpunkt. Geregelt sind die Gleichheit vor dem Gesetz, die
6 Gleichberechtigung der Geschlechter und den Schutz vor Benachteiligung aufgrund
7 von Geschlecht, Sprache, Abstammung, "Rasse", Glauben oder politischer
8 Anschauung.

9
10 Wer im Artikel 3 fehlt, ist die Gruppe der Menschen, die aufgrund ihrer
11 sexuellen Identität verfolgt wurden. Das hatte Folgen: Queere Menschen wurden
12 auch in der Demokratie verfolgt, kriminalisiert und diskriminiert. Der Paragraph
13 175 war bis zum 11. Juni 1994 in der während des Nationalsozialismus verschärften
14 Fassung in Kraft und hat viele Jahre lang Leben zerstört. Der Bruch mit der
15 Kultur des Unrechts war nicht komplett.

16 Diese klaffende Wunde im Grundgesetz muss nach 75 Jahren endlich geschlossen
17 werden. Seit Jahren gibt es breit getragene zivilgesellschaftliche Initiativen,
18 die eine Vervollständigung des Grundgesetzes zum Ziel haben. Auch wir als
19 Bündnis 90/DieGrünen haben uns diesem Ziel verpflichtet und etwa durchgesetzt,
20 dass es Teil des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung wurde.

21 Angesichts einer schriller werden öffentlichen Stimmung und zunehmender
22 Queerfeindlichkeit auch im politischen Diskurs ist es umso wichtiger, dass das
23 Grundgesetz den Schutz marginalisierter Gruppen vor Verfolgung und Ausgrenzung
24 schärft und vervollständigt

25 Der Landesverband Berlin von Bündnis 90 die Grünen fordert die Aufnahme
26 sexueller Identität in den Artikel 3 des Grundgesetzes und ruft

- alle demokratischen Kräfte im Bundestag und Bundesrat auf, jetzt

28 zusammenzukommen, ein Zeichen zusetzen und nein Grundgesetz möglich zu
29 machen, das wirklich für Alle da ist.

30 • den Landesvorstand und die Berliner Mitglieder von Bundesregierung und
31 Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dieses Vorhaben des
32 Koalitionsvertrags endlich umzusetzen.

33 • den Landesvorstand und die Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich beim
34 Senat dafür einzusetzen und bei diesem Druck zu machen, dass er die vom
35 Regierenden Bürgermeister angekündigte Unterstützung einer
36 Bundesratsinitiative in die Tat umsetzt , und bei Landesregierungen mit
37 bündnisgrüner Beteiligung dafür zu werben, eine solche Initiative zu
38 initiiieren und zu unterstützen.